Nacht-Telegramme.

Konstantinopel. Pirdot wurde zum außerordentlichen Kommissar und Generalgouverneur für Ostrumelien ernannt. Oesterreich, Rußland und Deutschland werden ihre Konsule in Philippopel an den türkischen Kommissar zu unterstützen. Der englische Vertreter verweigerte die Unterzeichnung in der gestrigen Konferenzsitzung unter Darlegung des bisherigen Konferenzlaufs.

Philippopel. Die Notabeln der Provinz erklären, jeden Vorschlag abzulehnen, der nicht die Union Bulgariens mit Rumelien einschließt. Die türkischen Delegirten sollten ersucht werden, ihre Mission zu verschieben und die Provinz zu verlassen.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Fernsprechstelle Nr. 427.
Wild- und Geflügel-Handlung
C. Möller
Königlicher Hoflieferant
Johannesstrasse 17
(am Pirnaischen Platz),
empfiehlt alle Sorten Wild und Geflügel zu billigsten Preisen.

Fernsprechstelle 878
Geschäftsbücher-Fabrik
G. H. REHFELD & SOHN
Hauptstr. 24 DRESDEN-N. Hauptstr. 24
Buchbinderei. — Accidenzdruck. — Liniranstalt.
Handlung für Bureau- u. Contorbedürfnisse. — Contobücher aller conventionellen Schemen eig. Fabr. am Lager.
Extraanfertigungen nach jeder Liniatur-, Druck- u. Handvorschrift schnell u. exact. — Prima Bestes Material, verlässliche Arbeit, entsprech. billiger Preis.

Julius Mähler
Dresden
Wilsdrufferstr. 26.
Feine Feder- und Metallwaaren
Album, Fächer
Schmucksachen
Größte Auswahl in allen Preislagen.

Richard Kändler,
Sophienstrasse 3, am Zwinger-Hotel.
Grösstes Lager optischer und elektrischer Waaren.
Nebelbilder-Apparate, Laterne magica, Telephone, Glühlampen, Elemente, Brillen, Operngläser, Thermometer, Barometer etc.
Fabrik und Contor: Friedrichstr. 14.
Telephonanschluss 330.

Adolf Helm, Wäsche-Manufaktur und Magazin für Braut-Ausstattungen, befindet sich jetzt
Ecke Altmarkt, Schreibergasse 1.

Nr. 338. 30. Jahrgang. Auflage: 41,500 Expl. | Aussichten für den 4. December: Vorwiegend von mittlerer Stärke bei durchschnittl. mittlerer Bewölkung, ohne wesentl. Niederschl. Temperatur Nachts unter Null. Bemerkungen: Oertliche und zeitweise Nebelbildung. | Dresden, 1885. | **Freitag, 4. Decbr.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Eine kaiserliche Botschaft an den Reichstag ist ein so ungewöhnliches Ereigniß, daß es jedesmal, sobald es eintritt, einen Kometenschweif von Erörterungen nach sich zieht. Besonders thuen diejenigen Parlamentarier und Parteien äußerst befremdet, denen die kaiserliche Botschaft ihre feingangelegten Pläne verwirrt. So fanden es, als am 14. April 1883 eine kaiserliche Botschaft den Reichstag zur schnelleren Erledigung der Unfallversicherung aufforderte, die Verschleppter dieser Sozialreform seltsam, daß diese Form kaiserlicher Willenskundgebung gewählt wurde. Noch weit mehr ist dies jetzt der Fall, da anläßlich der Anfrage wegen der Ausweisung polnischer Ueberläufer der Reichskanzler ein so feierliches Aktenstück aus der Tasche zog. Nun wird sich wohl Fürst Bismarck selbst gesagt haben, daß nicht ohne Noth zum Gebrauche eines solchen außergewöhnlichen Apparates zu greifen ist, da die häufige Anwendung dessen Ansehen und Wirksamkeit schwächen muß. Diesmal lag diese Gefahr um so näher, als das darauf folgende Schauspiel: der Ausmarsch des gesammten Bundesraths aus dem Reichstagssaal, der alsbaldige Wiedereintritt und die bei einem folgenden Etatsposten trotz der Kaiserbotschaft sich anschließende Polenausweisungs-Debatte, durchaus nicht dazu beitrug, die Würde dieser Veranstaltung zu erhöhen. Der Kanzler hatte indessen, als er das Oberhaupt des Reichs zu seiner Botschaft veranlaßte, schwerwiegende sachliche und persönliche Gründe. Es galt, gleich von Anfang an den Versuch zurückzuweisen, die Landesfürsten in der Ausübung der ihnen verbliebenen Hoheitsrechte künftig der Kontrole des Reichstags zu unterwerfen. Die Kaiserbotschaft wahrt daher zugleich das monarchische Prinzip wie die Bundestreue vor der Vergewaltigung durch eine Reichstagsmehrheit, die das Verfassungsrecht des Reichs nicht mehr achten will. Wenn sich, wie in der Polenanfrage, eine antideutsche Mehrheit im Reichstage zusammenfindet, so übt der Schirmherr des deutschen Reichs seine Kaiserpflicht aus, indem er das Heil des Vaterlandes vor einem gröblichen Polonisirungsversuche schützt, zumal mit den Interessen des Deutschthums gleichzeitig auch die Hoheitsrechte der Landesfürsten bedroht werden sollten. Die Kaiserbotschaft wies eine auf undeutschen Wegen wandelnde Reichstagsmehrheit gleichzeitig in die Verfassungsschranken zurück. In feierlichen Worten betonte der ruhmreiche Träger der Krone des geeinigten Deutschlands, der Schöpfer dieses Reichs, daß dasselbe auf den unabänderlichen Grundlagen des Bundesstaats beruht und kein Einheitsstaat werden kann. Außer diesen sachlichen Gründen hatte Fürst Bismarck noch einen persönlichen Anlaß, die kaiserliche Majestät vor der falschen Zielen zustrebenden Volksvertretung erscheinen zu lassen. Am Sonnabend schoß, wie erinnerlich, Windthorst einen giftigen Pfeil auf den Kanzler ab, indem er von der „Regierung des Fürsten Bismarck" sprach und dieselbe (unter Weglassung des Kaisers Wilhelm) in Vergleich zu der Regierung Friedrich Wilhelm IV. stellte. Mit aller Lebhaftigkeit und unter Benutzung vieler ähnlicher Eigenschaftswörter betonte Bismarck, daß er nur der „demüthige Diener" seines Monarchen sei. Indem er jetzt die Willensmeinung seines kaiserlichen Herrn erwirkte, zeigte er aller Welt die völlige Uebereinstimmung Beider. Wie bei so manchem Schritte des Kanzlers hat wohl auch die Rücksicht auf den Kronprinzen mitgespielt.

Das Centrum aber, das sonst die Wahrung des bundesstaatlichen Charakters der Reichsverfassung und der Rechte der Einzelstaaten auf seine Fahne geschrieben hat, dient dieser Aufgabe schlecht, wenn es in seinem katholischen Glaubenseifer blind ist gegen die Uebertreibung dieses Standpunkts. Liegt dem Centrum wirklich das Seelenheil der Kamerunneger mehr am Herzen als die Größe des deutschen Reichs? Interessirt es sich mehr für die polnischen Juden als für die Sicherheit und den bundesstaatlichen Charakter Deutschlands? Wenn die Nigger mit ihren wulstigen Lippen und wadenlosen Beinen am Kamerun jetzt nicht stolz darauf werden, daß der deutsche Reichstag eine lange Sitzung darüber hält, ob es gut gethan ist, ihre Seelen in die Krallen der aus Deutschland vertriebenen Jesuiten fallen zu lassen, so ist das lediglich ihrer glücklichen Unbekanntschaft mit dem Alphabete zuzuschreiben. Und wenn Windthorst, bauend auf die Unbelesenheit des Reichstags und aus einer merkwürdigen Scheu, die Juden in die Debatte zu ziehen, die mehr keck als zutreffende Statistik aufstellte: 90 Prozent der ausgewiesenen Polen seien Juden (während doch der österreichische Minister Graf Kalnoky und das Organ des Papstes, der Osservatore Romano, erklärten: die Mehrzahl der Ausgewiesenen seien polnische Juden), so liegt darin erst recht eine Mahnung, die thatsächlichen Verhältnisse zu beachten und sich nicht — in sonst löblichem Glaubenseifer — an der Wohlfahrt des deutschen Volks zu versündigen. Hoffentlich ist mit diesen Neger- und Judendebatten nunmehr das Kulturkampfbedürfniß des Centrums befriedigt und der Reichstag kann sich nunmehr seinen ernstlichen Aufgaben widmen.

Damit geschah am Mittwoch denn auch ein Anfang. Die Konservativen befürworteten aufs Kräftigste ihren Gesetzentwurf, endlich das Pensionsgesetz der Reichsbeamten zum Abschluß zu bringen. Aus keiner Partei wurde gegen dieses Vorhaben Etwas eingewendet. Ueberall begegnete das, gerechte Wünsche der Beamten befriedigende und im Interesse des Reichsdienstes selbst liegende Vorhaben ungetheilter Zustimmung. Nur die Reichsregierung selbst scheint noch Späne machen zu wollen. Sie möchte auch noch die Pensionen der Offiziere erhöhen, ohne daß jedoch das Privateinkommen derselben zur Gemeindebesteuerung herangezogen würde. Ohne letztere Gegenleistung bessert aber der Reichstag auch nicht die Pensionen der Offiziere auf und ohne diese Offizierpensionserhöhung will die Regierung auch nicht an die Erhöhung der Civilbeamtenpensionen heran. Es ist das eine ganz unglückselige Verkettung. Besteht die Reichsregierung auf dem gedachten Kettenschlusse, so bekommt Niemand Etwas, weder Civilbeamte noch Offiziere. Nun hat Feldmarschall Graf Moltke auch ein Offizierspensionsgesetz eingebracht. Dazu war der berühmte Feldherr vorzugsweise berufen. Aber der kluge Schweiger vermied dabei jede Erklärung darüber, wie er sich persönlich zur Frage der Besteuerung des Privatvermögens der Offiziere stelle? Stellt er sich hierzu günstig, so wird wohl schließlich auch die Reichsregierung nicht mehr die mißliche Position so zäh vertheidigen. Eugen Richter äußerte den Argwohn, daß die Einbringung des Moltke'schen Offizierpensionsgesetzes ein „freundlicher taktischer Zug" gegen das Civilbeamtengesetz sei. Moltke that Nichts, um diese Deutung abzuwehren. So recht vertrauenerweckend ist dieses Schweigen nicht.

Obwohl es überall ein Staunen der Verwunderung erregte, daß der Zar die bulgarisch-ostrumelischen Siege als eine Ruhmesthat der — russischen Offiziere mit Beschlag belegen wollte, während er doch durch Abberufung derselben vor dem Kriege Alles gethan hat, um die bulgarische Armee und die ostrumelischen Milizen zu desorganisiren, so hat doch Europa den Hintergedanken des zarischen Tagesbefehls wohl verstanden: die zarische Gunst wendet sich den erst preisgegebenen Bulgaren wieder zu; der Zar, der sich durch seine Antipathie gegen seinen Battenberger Vetter zu argen Uebereilungen hat hinreißen lassen, baut ihm jetzt eine goldene Brücke der Versöhnung. Diese Wendung ist der Gegenzug gegen die häßliche Begünstigung des serbischen Hochmuthsteufels durch die Wiener Diplomaten. Oesterreich ist im Begriff, sich in eine unhaltbare Position immer tiefer zu verrennen, was ganz sicher zu seinem schweren Schaden ausschlagen muß. Noch immer hält man in Wien an der veralteten und inhaltlosen Anschauung fest, daß eine Zwietheilung des Balkan in eine bulgarisch-russische und serbisch-österreichische Interessensphäre ein wünschenswerthes Ziel sei. Noch immer erkennt man nicht, daß eine Kräftigung der Balkanstaaten Dem weitmehr vorzuziehen ist. Ein Großbulgarien ist weniger in Gefahr eine russische Satrapie zu werden, als ein künstlich getrennt gehaltenes Kleinbulgarien. Diese nationale Bewegung auf dem Balkan wird man in Wien ebenso zu hintertreiben vermögen, wie z. B. die nationale Bewegung in Oberitalien. Die bulgarische Union kommt ganz sicher zu Stande; Oesterreich aber, das sich dagegen stemmt, ladet blos den Haß der Bulgaren auf sich. Ginge gar die Parteinahme Oesterreichs für Serbien soweit, diesem einen Waffenstillstand zu verschaffen, damit es dann gekräftigt aufs Neue den Krieg beginnen könne, so darf man begierig sein, wie Oesterreich diese Handlung vor Europa zu rechtfertigen gedächte.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 3. Decbr.

Berlin. Reichstag. Die erste Berathung der Arbeiterschutzanträge wird fortgesetzt. Abg. Dr. Lieber (Cent.): Die Arbeiterschutzgesetzgebung sei wichtiger, als die Versicherungen, von denen die Altersversicherung noch im Rückstande sei, ohne daß man erfahre, wenn die bezüglichen Erwägungen abgeschlossen sind. Die über die Sonntagsruhe angestellte Enquete sei symptomatisch. Die Fragestellung sei nicht zweckmäßig, vielleicht sogar zweckwidrig. Die Wehrhaftigkeit leide unter der übermäßigen Industriearbeit. Hierauf hätten sich die Erhebungen auch zu erstrecken, ebenso auf die Frage: Wie wirkt der Mangel des Arbeiterschutzes auf die Kriminalität? Die Kriminalität habe im letzten Menschenalter eine Zunahme erfahren, insofern sie auf dem Mangel an Respekt vor der Obrigkeit und auf Rohheit basire. Zugenommen habe die Unsittlichkeit namentlich der Fabrikbevölkerung. Die Sonntagsruhe sei durch ein gesetzliches Gebot vorzuschreiben. Das Centrum werde der Enquete über die Befolgung des göttlichen Gebotes zustimmen. Die Sonntagsruhe habe auch Einfluß auf den wirthschaftlichen Wohlstand. Lieber stützt diese Behauptung durch eine Reihe von Citaten wissenschaftlicher Autoritäten aller Länder, u. a. auch Victor Böhmert und Stumm, welch' Letzterer wegen seiner Haltung in der Synode von der „Nordd. Allg." in nichtswürdiger Weise angegriffen worden sei. Was im Bezirk Düsseldorf möglich sei, müsse auch in ganz Deutschland durchzuführen sein. — Staatssekretär v. Bötticher: Eine gründliche Berathung der Vorlage in den Kommissionen sei nützlicher als lange akademische Reden im Plenum. Der Reichskanzler habe sich keineswegs ablehnend gegenüber den Anträgen verhalten, wie die Enquete beweise, die durchaus objektiv geführt werde. Die verbündeten Regierungen würden bemüht sein, ein Gesetz zu Stande bringen zu helfen, welches den Wünschen der Parteien und den wirthschaftlichen Interessen des Landes entspricht. Der Kommission werde eine Zusammenstellung über die in den deutschen Staaten bestehenden Arbeiterschutzbestimmungen zugehen, die zur Förderung der Arbeiten sicher beitragen werde. Es werde daraus hervorgehen, daß es in Deutschland bezüglich der Sonntagsruhe lange nicht so schlimm bestellt sei, als die Antragsteller vorauszusetzen scheinen. Allerdings würden die bestehenden Vorschriften nicht immer strikte ausgeführt. Bezüglich des Maximalarbeitstags ständen die Regierungen nicht auf dem Standpunkte Lieber's. Eine prinzipielle Abweichung, in die Materie der Arbeiterschutzgesetzgebung einzugehen, bestehe bei keiner Regierung, auch nicht beim Reichskanzler. Er bittet, sich aller Angriffe auf den Mangel an Aktivität der Regierung zu enthalten, da dieselben nicht begründet seien. — Lohren (Reichspartei) plaidirt für das Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit der Frauen. Für ein solches Verbot seien keine Erhebungen nothwendig. Die Nothwendigkeit stehe fest, die Interessenten protestirten auch nicht dagegen. — Hitze (Centrum) dankt der Regierung für ihr Entgegenkommen. Das sei doch ein anderer Ton, wie in der vorigen Session. Er befürwortet im Interesse des Schutzes der Gesundheit und des Familienlebens der Arbeiter den Maximalarbeitstag und die Einschränkung der Sonntags-, Frauen- und Kinderarbeit. Arbeitszeit und Arbeitsleistung deckten sich nicht, deshalb sei auch die Fragestellung, wer den Ausfall tragen solle, zweifelhaft. — Die Weiterberathung wird auf morgen vertagt. Außerdem wird noch Berathung des Etats auf der Tagesordnung stehen.

Berlin. Die Sozialdemokraten brachten im Reichstag einen Antrag ein: Den Reichskanzler aufzufordern, die nöthigen Schritte zu thun, daß die polnischen Ausweisungen (die in dem Antrage als eine die Interessen, wie die Ehre des deutschen Volkes gleich schwer schädigende Maßregel bezeichnet werden) alsbald rückgängig gemacht werden. Die sozialdemokratischen Abgeordneten, die kürzlich einen Aufruf zur Sammlung eines Diätenfonds für sich erließen, brachten ferner einen Antrag ein, nach welchem den Abgeordneten auch aus Reichsmitteln Diäten bewilligt werden sollten.

München. Das Abgeordnetenhaus nahm mit großer Majorität den Antrag Kopp an: Der König von Bayern wolle baldmöglichst den russisch-bayrischen Auslieferungsvertrag umgestalten lassen.

Berliner Börse. Die Geschäftsstille hielt an, die Kourse bröckelten ab, ohne daß ein größeres Angebot hervortrat. Spekulative Banken abgeschwächt, deutsche spekulative Bahnen ziemlich behauptet, österreichische Bahnen etwas schwächer, Elbethal belebt, Dauer anziehend, Bergwerke nur vorübergehend fest. Im Kassaverkehr waren österreichische Bahnen belebter, trotz überwog eine ruhige Haltung. Industrien waren unbeachtet, Bauwerthe bevorzugt, österreichische Prioritäten ziemlich fest, besonders Goldprioritäten.

Frankfurt a. M., 3. December. Credit 231. Staatsbahn 220. Lombarden 107½. Galizier —,—. Egypter 64½. 4proz. Ungar. Goldrente —. Gotthardbahn —,—. Disconto 3⅜. Darmstädter —. Fest.

Wien, 3. December. Credit 296,40. Staatsbahn 273,00. Lombarden 131,00. Nordwestb. 165,00. Marknoten 61,80. Ung. Credit 289,50. Ruhig.

Paris, 3. Decbr. Schluß. Rente 80,12. Anleihe 108,47. Italiener 96,35. Staatsbahn 560½. Lombarden 281½. do. Prioritäten —,—. Spanier 55. Oest. Goldrente —. Egypter 323,00. Ottomanen 498,00. Fest.

London, 3. December, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 99 13/16. 1857er Russen 97½. Italiener 95 1/16. Lombarden 11½. Türken 11½. 4proz. fundirte Amerikaner 127. 4proz. Ungar. Goldrente 79. Oesterr. Goldrente 87. Preuß. Consols 105⅝. Egypter 64½. Ottomanbank 9 7/16. Suez-Actien 83. Platzdiscont 2½. — Stimmung: Ruhig. Wetter: Regen.

Breslau, 3. December, Nachm. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 Proz. pr. December-Januar 35,80, pr. April-Mai 38,80, pr. Mai-Juni 39,30. Roggen pr. April-Mai 133,00, pr. Mai-Juni 135,00. Rüböl loco pr. December u. April-Mai 46,70. Zink fest. — Wetter: Schön.

Stettin, 3. December, Nachm. 1 Uhr. (Getreidemarkt). Weizen besser, loco 134—146, pr. December-Januar 147,00, pr. April-Mai 156,00. Roggen matt, loco 124—126,00, pr. December-Januar 127,00, pr. April-Mai 132,00. Rüböl unverändert, loco pr. December-Jan. 44,70, pr. April-Mai 46,00. Spiritus fest, loco 37,50, pr. December-Januar 37,00, pr. April-Mai 38,60, pr. Juni-Juli 40,00. Petroleum loco verkehrt Usance 1½ Proz. 12,10.

Lokales und Sächsisches.

— Ihre Majestät die Königin beehrte gestern Mittag die Kunstgewerbehalle mit einem Besuch.

— Ihre kaiserl. Hoheit Großfürstin Katharina von Rußland ist jetzt zu längerem Aufenthalt in Leipzig eingetroffen und hat daselbst im Hotel Hausse Wohnung genommen.

— Landtag. In der gestrigen, nur 10 Minuten währenden Sitzung der 2. Kammer war außer dem die Registrande verlesenden Sekr. Abnert Herr Präsident Dr. Haberkorn der einzige Redner. Auf der Tagesordnung stand der Etat der Landeslotterie. Seit einer Reihe von Landtagen ist man gewöhnt, bei diesem Kapitel die obligaten Moralitätsausbrüche über diese Position der Staatseinnahmen zu hören. Diesmal blieb Alles still, als der Präsident die Frage an die Kammer richtete, ob Jemand zu diesem Kapitel das Wort begehre. Auch der Referent Abg. Kirbach wollte kein Bedürfniß, das allgemeine Schweigen zu brechen und so wurden die Einnahmen der Landeslotterie mit 4,261,941 M., die Ueberschüsse der Lotterie-Darlehnskasse mit 381,045 M. und die Einnahmen der allgemeinen Kassenverwaltung mit 1,700,000 M. glatt genehmigt. Die Einnahmen genehmigen sich übrigens naturgemäß immer glatter als die Ausgaben. Bevor die Kammer in die Tagesordnung eintrat, kam ein Schreiben des Herrn Fabrikbesitzer Hahn zur Verlesung, in welchem derselbe sein Mandat für den 17. ländl. Wahlkreis niederlegt und hierzu um die Genehmigung der Kammer nachsucht. Wie schon mitgetheilt, erfüllt Herr Hahn nicht formell die zur Wählbarkeit erforderliche Bedingung der sächsischen Staatsangehörigkeit. Die Kammer gab einstimmig ihre Genehmigung zu der Mandatniederlegung, wodurch sich, wie der Herr Präsident hinzufügte, jede Prüfung der Wahl erledigte. Wie verlautet, war Abg. Schreck bereits beauftragt worden, seitens der die Wahl prüfenden Abtheilung einen Antrag auf Ungiltigkeit einzubringen. Die Kammer steht infolge dieser Mandatsniederlegung vor einem Fall, der in der sächsischen Verfassung nicht vorgesehen ist. Sie wird zu entscheiden haben, ob eine Neuwahl vorzunehmen ist, oder ob der von der ländlichen Bevölkerung des 17. Wahlkreises aufgestellte Gegenkandidat Hahn's, Rittergutsbesitzer Dr. Calberla, der gleichfalls über ein Drittheil der giltigen Stimmen auf sich vereinigte, das freigewordene Mandat anzutreten hat. Dr. Calberla sowohl wie Herr Hahn gehören der konservativen Partei an.

— Bei der vorgestern in der 2. Kammer stattgefundenen Berathung, betr. das Zeugniß für den Einjährig-Freiwilligendienst, das von den Realschulen (früher Realschulen 2. Ordn.) auszustellen ist, kam eine Angelegenheit zur Sprache, welche in ihrer Tragweite nicht so allgemein bekannt ist, als es für die betr. Kreise nothwendig erscheint. Es dürfen nach der deutschen Wehrordnung vom Jahre 1875 § 89 ad 6 von dem Nachweise der wissenschaftlichen Befähigung (zum einen Berechtigungsschein zum Einjährigfreiwilligen-Dienst zu erhalten) entbunden werden: 1) junge Leute, welche sich in einem Zweige der Wissenschaft oder Kunst oder in einer anderen, dem Gemeinwesen zu Gute kommenden Thätigkeit besonders auszeichnen; 2) kunstverständige oder mechanische Arbeiter, welche in der Art ihrer Thätigkeit Hervorragendes leisten; 3) zu Kunstleistungen angestellte Mitglieder landesherrlicher Bühnen. Personen, welche auf eine derartige Berücksichtigung Anspruch machen, haben ihrer Meldung die erforderlichen amtlich beglaubigten Zeugnisse beizufügen. Dieselben sind nur einer Prüfung in den Elementarkenntnissen zu unterwerfen, nach deren Ausfall die Ersatzbehörde dritter Instanz entscheidet, ob der Berechtigungsschein zu ertheilen ist oder nicht. — Nach vorstehenden reichsgesetzlichen Bestimmungen kann also ein junger Mann, auch ohne daß er eine höhere Schule besucht oder vor der Prüfungskommission seine wissenschaftliche Befähigung (namentlich bezüglich fremder Sprachen) dokumentirt hat, unter den vorgenannten Bedingungen als Einjährig-Freiwilliger eintreten. So z. B. wurde einem Kellner, welcher zu seiner Ausbildung als Volontair in Paris und London servirt hatte, und dem das französisch und englisch Sprechen geläufig war, der Schein ausgestellt. So wurde z. B. ein geschickter Tischlerlehrling, welcher durch sein Gesellenstück seine besondere Befähigung für die Kunsttischlerei dokumentirt und vorher nur die Volksschule innerhalb des schulpflichtigen Alters besucht hat, jedenfalls mit Erfolg für die Zulassung als Einjährig-Freiwilliger petiren.

— Staatsminister Freiherr v. Loenneritz besuchte am Dienstag in Döbeln die Jordan'sche Zuckerfabrik, die Amtshauptmannschaft und die Bezirkssteuereinnahme.

— Vorgestern war bei Sr. Exc. dem Herrn Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz Landtagsdiner, bei welchem eine Anzahl Mitglieder der 1. und 2. Kammer betheiligt waren.

— In der nächsten Zeit werden die Mitglieder beider Kammern einen Ausflug nach Moritzburg unternehmen, um die neue Sekundärbahn eingehend zu besichtigen, die bekanntlich nicht solche Schwierigkeit bei ihrem Bau bot, wie die von Hainsberg nach Kipsdorf. Der gegenwärtige Landtag wird sich bekanntlich viel mit Eisenbahnen zu beschäftigen haben, sowohl Normal- als Sekundärbahnen.

— Der Reichstagskommission zur Berathung der Anträge Lenzmann (Entschädigung unschuldig Verurtheilter) und Reichensperger (Einführung der Berufungsinstanz in die Strafprozeßordnung) gehören von sächsischen Abgeordneten die Herren Dr. Hartmann als Stellvertreter des Vorsitzenden und Viereck an.

— Se. Exc. der General der Infanterie v. Bilguer ist, von Schwerin kommend, vorgestern Abend zu längerem Aufenthalt hier eingetroffen und hat bei seiner hier anwesenden Familie in der Strehlenstraße Wohnung genommen.

Vernickelungs-Anstalt
Schladitz & Bernhardt, Johannes-Allee 7, Palais Gutenberg.